



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktion DIE LINKE

Attraktivitätsoffensive Justizdienst – Justizwachtmeister aufwerten

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/1155

Der Landtag wolle beschließen:

„Justizwachtmeisterdienst in Sachsen-Anhalt muss gestärkt und gewürdigt werden“

1. Der Landtag von Sachsen-Anhalt stellt fest, dass in Sachen Sicherheit den Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeistern in Sachsen-Anhalt eine Schlüssel-funktion zukommt. Sie sind bei Gerichten und Justizbehörden die ersten An-sprechpartner in Sicherheitsfragen. Ihr Aufgabenfeld erstreckt sich insbesondere auf die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in den Justizgebäuden, insbesondere bei Gerichtsverhandlungen, sowie auf die Bewachung und Vorfüh-rung von Gefangenen innerhalb der Justizgebäude.
2. Um den unter Ziffer 1 benannten Anforderungen und Aufgaben gerecht werden zu können, wird die Landesregierung beauftragt, die vorhandene Sicherheitskon-zeption („Leitfaden zur Gewährleistung einheitlicher Sicherheitsstandards in den Justizgebäuden des Landes Sachsen-Anhalt“) auf den Prüfstand zu stellen und an neue Erfordernisse anzupassen.
Dabei sind durchgängige Sicherheitskontrollen in allen Gerichten und Justizbe-hörden mittels Justizwachtmeisterdienst zu gewährleisten und der derzeitigen Unterbesetzung im Justizwachtmeisterdienst sowie der damit einhergehenden Überlastungssituation entgegenzuwirken.
Der Einsatz privater Sicherdienstleister ist grundsätzlich abzulehnen. Der partiel-le Rückgriff auf den unterstützenden Einsatz privater Sicherheitsunternehmen hat nur im begründeten Ausnahmefall zu erfolgen.
3. Um die Attraktivität des Justizwachtmeisterdienstes zu erhöhen, fordert der Land-tag von Sachsen-Anhalt die Landesregierung auf, kurz-, mittel- und langfristig insbesondere Maßnahmen mit folgenden Zielstellungen zu ergreifen:

(Ausgegeben am 05.04.2017)

a) Angemessene Personalausstattung für den Justizwachtmeisterdienst.

Das erfordert:

- Schaffung zusätzlicher Stellen im Justizwachtmeisterdienst,
- Erhöhung der Anzahl der einzustellenden Anwärter*innen

unter Berücksichtigung der Altersabgänge und hoher krankheitsbedingter Fehlzeiten.

b) Verstärkung der mobilen Einsatzreserve im Wachtmeisterdienst, die bei Gefährdungslagen von den einzelnen Gerichten angefordert werden kann.

c) Realisierung einer besseren bzw. höheren Besoldung.

d) Zügigere Beförderungsmöglichkeiten in die Besoldungsgruppe A 5 sowie das Endamt A 6.

e) Bessere Ausstattung (stich- und schussfeste Schutzwesten, Schutzhandschuhe etc.),
Festlegung von einheitlichen Standards bei der Ausrüstung.
Optimale Dienstkleidung/Dienstuniformen für Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister.

f) Fortsetzung und weitere qualitative Verbesserung der fachtheoretischen und praktischen Aus- und Fortbildung für Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung über die in Ziffer 2 und 3 beschriebenen Aufgaben bzw. Maßnahmen und deren Umsetzung zeitnah Bericht zu erstatten.

Begründung

Die Personalnot in Sachsen-Anhalts Justiz führt zu steigenden Kosten und Verzögerungen bei Gerichtsprozessen. Ein zentrales Problem sind fehlende Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister.

Diese sorgen für die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit in den Gerichten und Staatsanwaltschaften. Ihnen obliegt auch die Vorführung und die Bewachung von Gefangenen und in besonderen Fällen die Durchführung von Personenkontrollen. Daneben sind sie zum Beispiel für die gesamte Abwicklung des Aktenverkehrs innerhalb der Justizbehörden, die Abholung und Weiterbeförderung von Geldern, Wertsachen sowie Postsendungen zu anderen Behörden, die Erledigung des Postverkehrs und den Pförtnerdienst in den Justizgebäuden zuständig.

Laut Zahlen des Verbands des Justizwachtmeisterdienstes verfügt das Land Sachsen-Anhalt derzeit nur noch über 86 Prozent der nötigen Beamtinnen und Beamten. Das Sicherheitspersonal ist damit an die Grenze seiner Belastbarkeit angekommen.

Dem muss unverzüglich entgegengewirkt werden. Kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen, um die Attraktivität des Justizwachtmeisterdienstes zu erhöhen, sind gefordert, die Landesregierung steht damit in der Pflicht.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender